

Der Riß in der deutschen Sozialdemokratie.

Ein Vorstoß der radikalen Gruppen.

zz Berlin, 24. Juni. (Priv.-Tel.)

Die Kreuz-Zeitung schreibt:

In der Sozialdemokratie steht ein jäherer Konflikt infolge eines Vorstoßes des äußersten Radikalismus bevor. Am Sonntag findet die Generalversammlung der Parteiorganisation für Groß-Berlin statt, die die sechs Berliner Reichstagswahlkreise und die beiden Kreise Niederbarnim und Teltow-Beeskow-Charlottenburg umfaßt. Bekanntlich werden die Berliner sozialdemokratischen Organisationen durchaus von der radikalen Richtung beherrscht, und deshalb sind sie mit der jetzigen Zusammensetzung des Vorstandes für Groß-Berlin (Eugen Ernst, Vorsitzender, Böske, Kassierer, und Theodor Fischer, Verbandssekretär) durchaus nicht einverstanden. In einer Reihe von Wahlkreisen, die am Mittwoch ihre Generalversammlungen abgehalten haben, ist bereits beschlossen worden, am Sonntag den Groß-Berliner Vorstand nicht wieder zu wählen, sondern ihn durch einen neuen zu ersetzen, in dem der bekannte Landtagsabgeordnete Adolf Hoffmann Vorsitzender sein soll. Bei der Zusammensetzung der Berliner Organisationen ist mit Sicherheit darauf zu rechnen, daß diese Absicht am Sonntag ohne ernstlichen Widerstand verwirklicht wird.

Nach § 3 des sozialdemokratischen preussischen Organisationsstatuts wird nun aber der geschäftsführende Ausschuß der preussischen Landeskommission durch den Groß-Berliner Vorstand gebildet, und so würde durch die in Groß-Berlin beabsichtigten Neuwahlen die sozialdemokratische Organisation für ganz Preußen unter den Einfluß des radikalsten linken Flügels kommen. Denn die Richtung Hoffmann geht ja in ihrem Radikalismus noch über den Vorwärts hinaus und würde selbst in der sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft ganz links stehen, wenn sie sich nicht gar zur Fraktion Liebknecht-Rühle bekennen würde.

Gegen diese Radikalisierung ihrer Leitung hat sich nun die preussische Landesorganisation

zur Wehr gesetzt. Die Landeskommission hat am Mittwoch eine Sitzung abgehalten und dabei mit 22 gegen 4 Stimmen den Beschluß gefaßt, daß die gegenwärtige Leitung der preussischen Landesorganisation bis zum nächsten preussischen Parteitag im Amt bleiben solle. Das widerspricht nun zwar dem § 3 des Organisationsstatuts, und der Vorwärts bekämpft diesen Beschluß ausführlich und heftig. Er sei die vorläufige Krönung der Politik, die der Parteivorstand und die Mehrheiten des Parteiaususses und der preussischen Landeskommission eingeschlagen hätten. Aber diese kann sich auf die Abmachung berufen, daß während des Krieges nur die notwendigen Ersatzwahlen vorgenommen werden sollten. Dem widerspricht das Vorgehen der Groß-Berliner.